



Niederschrift

15. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Verkehr und Gesundheit

Sitzungstermin: Montag, 26.09.2016
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:55 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Rosemarie Jahn
Frau Angelika Hahn-Fricke
Herr Gerd-Rainer Busch Vertretung für: Herrn Martin Ahrens
Herr René Bülow
Herr Peter Gloger
Herr Sönke Siebke
Frau Susanne Strehl
Herr Uwe Gade
Herr Gerd Günther
Herr Jens Wersig
Herr Raimund Schulz
Herr Peter Stoltenberg
Herr Toni Köppen
Herr Heinz-Michael Kittler Vertretung für: Herrn Holger Weihe
Frau Margot Santen Kreisseniiorenbeirat
Frau Ute Algier
Herr Kurt Barkowsky
Herr Claus Peter Dieck
Herr Martin Ahrens bis 18:45 Uhr
Herr Kraus Gesundheitsplaner der Stadt Flensburg bis 19:25 Uhr
Frau Grandt FBL Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit
Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr, Verbraucherschutz
Frau Dr. Hakimpour-Zern FDL Gesundheit
Herr Meenen FDL Ausländer- und Asylangelegenheiten bis 21:30 Uhr
Frau Schröder FDL Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten bis 20:30 Uhr
Frau Kind Büro des Landrates bis 20:30 Uhr

Abwesende:

Herr Holger Weihe

-

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.06.2016
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Projekt "Kreis Segeberg 2030" - Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Gesundheit
Vorlage: DrS/2016/087
 - 3.2 Einrichtung einer Gesundheitsplanung und -förderung im Kreis Segeberg
Gastreferat des Gesundheitsplaners der Stadt Flensburg
Vorlage: DrS/2016/178
 - 3.3 Einrichtung eines 24-Stunden-Krisendienstes 7 Tage die Woche gemäß Psychisch-Krankengesetz Schleswig-Holstein
Vorlage: DrS/2016/144
- 4 Berichte der Verwaltung
 - 4.1 Schlüsselkennzahlenbericht II/2016
Vorlage: DrS/2016/155-1
 - 4.1.1 Antrag der CDU zum Thema "Heimkontrolle"
 - 4.2 Aktueller Sachstand zum Thema Flüchtlinge
 - 4.3 Bericht über das Netzwerk des Kreises für traumatisierte Flüchtlinge
 - 4.4 Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Außenstelle des Fachbereichs Ausländer- und Asylangelegenheiten
in Norderstedt
Vorlage: DrS/2016/182
 - 4.5 Büro für Chancengleichheit und Vielfalt des Kreises Segeberg
Vorlage: DrS/2016/180

- 5 Verschiedenes
- 5.1 Informationen und Anfragen
- 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Da es keine Wortmeldungen gibt, gilt die Tagesordnung als genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.06.2016

Da es keine Wortmeldungen gibt, gilt die Niederschrift als genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Projekt "Kreis Segeberg 2030" - Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Gesundheit

Vorlage: DrS/2016/087

Der Ausschuss beschließt ohne Aussprache.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnungs-, Verkehrs- und Gesundheitswesen stimmt dem Abschlussbericht der Arbeitsgruppe Gesundheit im Rahmen des Projektes „Kreis Segeberg 2030“ zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

**zu 3.2 Einrichtung einer Gesundheitsplanung und -förderung im Kreis Segeberg
Gastreferat des Gesundheitsplaners der Stadt Flensburg**

Vorlage: DrS/2016/178

Herr Kraus stellt die Präsentation vor, welche dem Protokoll angehängt ist.

Seiner Meinung nach wäre eine Übertragung seiner Gesundheitsplanung aufgrund der unterschiedlichen Anforderungen nicht auf den Kreis Segeberg möglich. Er sei allerdings davon überzeugt, dass eine Gesundheitsplanung abgestimmt auf die Bedürfnisse des Kreises vorteil-

haft sei.

Frau Dr. Hakimpour-Zern berichtet, dass die letzte Gesundheitsberichtserstattung in 2002 erfolgt sei. Hierbei habe es sich allerdings auch um einen Bericht gehandelt, der die Mortationsrate in den Vordergrund gestellt hat.

Frau Grandt ergänzt, dass die Gesundheitsberichterstattung nach dem Gesetz pflichtig sei. Herr Kraus erläutert auf Nachfrage, dass er seit 13 Jahren für die Stadt Flensburg als Gesundheitsplaner tätig sei. Die Stadt habe 1 ½ Stellen (eine E11 und eine halbe E9) in dem Bereich bereitgestellt. Er bemühe sich Fördergelder, finanzielle Mittel aber auch Honorarkräfte für die Durchführung von Veranstaltungen und Projekten ein-/anzuwerben und habe dabei auch großen Erfolg. Außerdem würde er Bacheloranden und Masteranden die Chance geben ihre Abschlussarbeit bei der Stadt Flensburg zu fertigen. Dadurch würden auch neue Erkenntnisse für die Erweiterung der Gesundheitsplanung bei der Stadt Flensburg gewonnen.

Herr Busch erklärt, dass er keine Eilbedürftigkeit bei der Einrichtung einer Gesundheitsplanung sehe und schlägt vor den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung damit beauftragt werde, ein Konzept für die Gesundheitsplanung im Kreis Segeberg zu erstellen.

Die Vorsitzende stellt anschließend den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der OVG-Ausschuss beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept für eine Gesundheitsplanung im Kreis Segeberg zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.3 Einrichtung eines 24-Stunden-Krisendienstes 7 Tage die Woche gemäß Psychisch-Krankengesetz Schleswig-Holstein Vorlage: DrS/2016/144

Frau Dr. Hakimpour-Zern stellt die Präsentation und die Basis für die Kostenkalkulation vor, welche ans Protokoll angehängt sind. Sie erläutert auf Nachfrage, dass in anderen Kreisen die Kliniken vor Ort ein Großteil des Krisendienstes übernehmen würden. Sie weist daraufhin, dass der Kreis Segeberg ein Flächenkreis sei. Dadurch käme eine Kooperation mit anderen Kreisen nicht in Frage, da die Fahrtwege zu lang seien. Die Bereitschaft des verfügbaren Personals einen solchen Krisendienst zu übernehmen, sei aus verschiedenen gesundheitlichen und privaten Gründen nicht vorhanden. Eine Verpflichtung zu dem Dienst sei aufgrund der geschlossenen Arbeitsverträge nicht möglich.

Die Ausschreibung soll 2 Lose enthalten, ein Los umfasst Sozialpädagogen, bei dem sie sich vorstellen könne, dass freie Träger bieten würden und das andere umfasst Ärzte.

Anschließend stellt die Vorsitzende die Vorlage zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der OVG-Ausschuss und der Hauptausschuss empfehlen dem Kreistag folgende Beschlussfassung:

- 1) Für die Einrichtung eines 24-stündigen Krisendienstes 7 Tage die Woche außerhalb der Dienstzeit der Kreisverwaltung stellt der Kreistag im Kreishaushalt (Teilplan 4141) Mittel in 2017 in Höhe von 137.000 Euro und in den Folgejahren in Höhe von 225.000 Euro jährlich ein.
- 2) Die Verwaltung wird beauftragt, das erforderliche Vergabeverfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

Pause 19:50-20:00 Uhr

zu 4 Berichte der Verwaltung

zu 4.1 Schlüsselkennzahlenbericht II/2016 Vorlage: DrS/2016/155-1

Frau Hahn-Fricke schlägt vor, keine Toleranz zum Ziel „Hinwirken auf eine infektionshygienische Unbedenklichkeit“ zuzulassen. Zum Ziel „Verbesserung der Durchführung der vorgeschriebenen Risikobewertung von Betrieben sowie der risikobasierten Kontrollen“ schlägt sie vor, dass 80 % des Zieles erreicht werden sollen.

Der Ausschuss erklärt sich mit den Vorschlägen einverstanden und nimmt den Schlüsselkennzahlenbericht zur Kenntnis.

zu 4.1.1 Antrag der CDU zum Thema "Heimkontrolle"

Frau Hahn-Fricke stellt den Antrag der CDU-Fraktion vor.

Herr Schröder erläutert, dass eine Stellenbedarfsermittlung eingeleitet worden sei. Die zusätzlich in den Stellenplan 2016 aufgenommene Stelle einer Pflegefachkraft mit 0,5 VZK werde zum 01.10.2016 besetzt. Allerdings sei derzeit eine Fachkraft längerfristig ausgefallen. Aufgrund der Veränderung der Prüfrichtlinie und des Personalmangels sei es zu Engpässen bei der Durchführung der Heimkontrollen gekommen.

Er weist darauf hin, dass die Einarbeitungszeit 6 Monate beträgt und neue MitarbeiterInnen nicht von Beginn an die Heimkontrollen durchführen können.

Er schlägt vor, zu den Budgetberatungen einen Stellenbedarf von 2 Stellen in dem Bereich anzumelden, die dann freigegeben werden können, wenn die Organisationsuntersuchung abgeschlossen sei und die Bedarfsermittlung den genauen Stellenbedarf ergebe.

Auf Nachfrage erklärt Herr Schröder, dass die ZBV-Stellen seiner Auffassung nach besetzt seien, er bietet an, diesbezüglich ein Gespräch mit Herrn Landrat Schröder zu führen und ggf. Stellen aus dem ZBV-Pool im Bereich der Heimkontrollen einzusetzen.

Unter der Voraussetzung, dass entsprechend mit dem Stellenplan verfahren wird und Herr Schröder und Frau Schröder ein Gespräch mit Herrn Landrat Schröder führen, ist der Ausschuss mit der Vorgehensweise einverstanden und die CDU-Fraktion zieht ihren Antrag zurück.

zu 4.2 Aktueller Sachstand zum Thema Flüchtlinge

Herr Meenen stellt den Bericht zum aktuellen Sachstand zum Thema Flüchtlinge vor, welcher dem Protokoll beigelegt ist.

Er erläutert auf Nachfrage, dass bis auf eine Stelle alle bewilligten Stellen für seinen Bereich besetzt seien. Weiter sei eine Verteilung der Flüchtlinge auf die Gemeinden in diesem Jahr momentan unproblematisch, weil die Gemeinden gut vorgesorgt haben.

Er weist daraufhin, dass die Problematik nun die erhöhten Fallzahlen seien, die zu 150-160 Wartemarken am Tag führen würden.

zu 4.3 Bericht über das Netzwerk des Kreises für traumatisierte Flüchtlinge

Frau Dr. Hakimpour-Zern stellt die Präsentation vor, welche dem Protokoll beiliegt.

zu 4.4 Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung einer Außenstelle des Fachbereichs Ausländer- und Asylangelegenheiten in Norderstedt Vorlage: DrS/2016/182

Herr Wersig stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor. Er ergänzt, dass die Außenstelle für die Flüchtlinge in Norderstedt und dem Umland zuständig sein soll.

Herr Meenen gibt zu bedenken, dass es mehrere Bereiche im Fachdienst Ausländer- und Asylangelegenheiten gebe, die alle ein erhöhtes Besucheraufkommen haben. Weiter gebe es noch keine digitale Akte, sodass eine genaue Eingrenzung des Gebietes erfolgen müsse, für wen die

Außenstelle in Norderstedt zuständig sei, da die Akten dann übermittelt werden müssten. Es sollte vorher noch geklärt werden, wie viel Personal in der Außenstelle eingesetzt werden soll und wie die Öffnungszeiten sein sollen.

Frau Hahn-Fricke gibt zu bedenken, dass die Öffnungszeiten im Fachdienst Ausländer- und Asylangelegenheiten erweitert werden sollten.

Die SPD-Fraktion ändert ihren Antrag in einen Prüfauftrag, den die Vorsitzende anschließend zur Abstimmung stellt.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit eine Außenstelle des Fachbereichs Ausländer- und Asylangelegenheiten in Norderstedt wirtschaftlich und produktiv möglich ist. Gleichzeitig soll eine Erweiterung der Öffnungszeiten im Fachdienst Ausländer- und Asylangelegenheiten geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 4.5 Büro für Chancengleichheit und Vielfalt des Kreises Segeberg Vorlage: DrS/2016/180

Frau Grandt stellt die Vorlage vor und erklärt auf Nachfrage, dass es bereits eine 0,5 Stelle für diesen Bereich gebe. Eine weitere Stelle sowie eine 0,5 Assistenzstelle sollen über den Stellenplan eingeworben werden.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Herr Schröder informiert zum Thema Rettungsdienst darüber, dass der Antrag bei der Schiedsstelle Ende der 38. Kalenderwoche gestellt wurde.

Frau Jahn erläutert, dass die Informationsveranstaltung am 31.10.2016 aufgrund einer Sitzung des Gemeindetages bereits um 17 Uhr beginnen würde. Herr Rüge solle an der Sitzung teilnehmen.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Frau Grandt informiert darüber, dass am 02.11.2016 um 18 Uhr die Haushaltsvorberatung für den OVG-Ausschuss stattfindet.

Herr Wersig regt an, in der ersten Sitzung im nächsten Jahr einen aktuellen Bericht zum Thema Notfallseelsorge zur erhalten.

Frau Hahn-Fricke ergänzt, dass auch ein aktueller Bericht über den Notdienst der Apotheken vorliegen soll.

Frau Grandt berichtet, dass in der Sitzung auch ein Vortrag zum Präventionsgesetz vorgestellt werde.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Rosemarie Jahn
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Müller
(Protokollführung)